

//PRESSEINFORMATION//

07/2021

Saarbrücken, 20.01.2021

GEW sieht Schließung von Schulen und Kitas als notwendig an Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten muss oberste Priorität haben

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland, hält den Beschluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie der Ministerpräsident*innen, den Lockdown für Schulen und Kitas bis zum 14. Februar zu verlängern, grundsätzlich für richtig. Allerdings ermöglichen die Öffnungsklauseln den Ländern dennoch sehr weitgehenden Spielraum, Schulen und Kitas teilweise offen zu halten. Das kritisiert die GEW Saarland scharf, weil die Länder weiterhin entscheiden können, wie sie die Vereinbarung umsetzen.

Die Akzeptanz der Beschlüsse sinkt bei allen an Schule und Kita Beteiligten, wenn die Länder unterschiedliche Maßnahmen ergreifen. Die GEW Saarland appelliert an die Landesregierung, eine klare Strategie mit einem verlässlichen Stufenplan vorzulegen, der vorgibt, welche Maßnahmen in Schulen und Kitas bei welchen Inzidenzwerten greifen. Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts sollten hierbei als Maßstab gelten.

„Auch mit Blick auf den Anspruch auf Notbetreuung brauchen Menschen klare, nachvollziehbare und einheitliche Regelungen, statt die Entscheidung wie bisher auf Kitas, Schulen und Eltern abzuwälzen. Es ist nicht Aufgabe einer Erzieher*in oder einer Lehrkraft, aber auch nicht der Eltern, über die Aufnahme von Kindern in die Notbetreuung zu entscheiden. Es kann zu Auseinandersetzungen kommen, Planungssicherheit gibt es nicht. Viele Erzieher*innen und Lehrkräfte berichten aus dem Arbeitsalltag, dass an ihren Einrichtungen trotz Lockdown so etwas wie eingeschränkter Regelbetrieb herrscht. So darf es nicht weitergehen. Notbetreuung ist Notbetreuung - und kein (eingeschränkter) Regelbetrieb“, sagt Birgit Jenni, Landesvorsitzende der GEW Saarland.

Richtig ist, Schulen und Kitas frühestens ab Mitte Februar und ab einem Inzidenzwert unter 50 wieder auf die Öffnung vorzubereiten und einen Wechselunterricht anzubieten. Mit diesem Modell können die Schulen auf unterschiedliche Herausforderungen reagieren und entsprechend der personellen und räumlichen Situation vor Ort Lösungen anbieten. Mit dem Wechselunterricht wird der Kontakt zu allen Schüler*innen gehalten. Das ist insbesondere für die Kinder und Jugendlichen wichtig, die ohnehin benachteiligt sind und im Elternhaus nicht die Unterstützung bekommen können, die notwendig ist. Entscheidend ist, dass die Zahl der Schüler*innen in den Präsenzgruppen halbiert wird. Nur so können Abstände zwischen den Menschen besser eingehalten und damit die Infektionsrisiken gesenkt werden. „Der Wechselunterricht darf dennoch nicht zu weiteren Überlastungen der Kollegien führen. Die Lehrkräfte sind am Limit. Sie müssen zeitgleich Prüfungsvorbereitung, Präsenzunterricht, in Gruppen aufgeteilte Klassen, digitale Lernangebote und Fortbildung stemmen, das ist auf Dauer nicht zu schaffen“, betont Birgit Jenni.

„Zudem muss endlich ein Konzept vorgelegt werden, wie Prüfungen und Abschlüsse unter Corona-Bedingungen zu gestalten sind. Für die Prüfungen in den dualen Ausbildungsberufen sind tragfähige Lösungen mit den Kammerorganisationen zu finden. Absolute Priorität hat, dass die Länder eine rechtssichere Vereinbarung schließen, dass sie alle Schulabschlüsse gegenseitig anerkennen“, fordert Claudia Kilian, stellvertretende Landesvorsitzende, abschließend. ■